



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/21 - 21. 10. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den Inhalt

Was ist Koexistenz?	Seite 1
Hermetische Abriegelung der Volksdemokratien	Seite 3
SSD will provozieren	Seite 5
Vormilitärische Ausbildung auf Hochtouren	Seite 6
Nachrichten aus der SBZ	Seite 7

Moskau definiert "Koexistenz"

OD. In der außenpolitischen Zeitschrift der Sowjetunion, der in 10 Sprachen herauskommenden "Neuen Zeit", befaßte sich anfangs dieses Monats der Kommentator L. SEDIN mit dem Begriff der "Koexistenz" und der Definition, die man in Moskau dafür geschaffen hat. Anlass zu diesem Artikel war eine Stellungnahme des Pariser "Figaro" vom 26. Sept., in der von Raymond ARON die These vertreten wurde, Koexistenz setze Fairness voraus, die man bei der Sowjetunion vergeblich suche.

Hinter dieser Forderung erblickt man in Moskau etwas Furchtbares, nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß es im Westen Menschen gebe, die im Rahmen der Koexistenz auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für die antikommunistische Opposition im Ostblock verlangen, - so - wie sie den Kommunisten in vielen Ländern der westlichen Welt auch gegeben sind. Und da im sowjetischen Machtbereich offenbar ebenfalls viele das und nichts anderes unter dem Wort von der Koexistenz verstehen, zieht L. SEDIN gegen eine solche Auffassung in der offiziellen aussenpolitischen Zeitschrift der UdSSR zu Felde. Wörtlich stellt er fest:

"In unserer sozialistischen Gesellschaft (gemeint ist das Regime der UdSSR - OD.) gibt es keine feindlichen, antagonistischen Klassen und folglich keine gegenüberstehenden Parteien, die sich für ihre jeweiligen, einander widersprechenden Interessen einsetzen würden, mithin aber auch keine rivalisierenden Presseorgane".

21. 10. 1995

Kurz und gut: Innerhalb des Ostblocks gibt es auch künftig weder Koalitions- noch Pressefreiheit, keine Koexistenz, die ist nur für den äusseren Gebrauch bestimmt. Im äusseren Gebrauch soll sie aber allumfassend und auch in Bezug auf die Duldung kommunistischer Untergrund- und Infiltrationsarbeit angewandt werden. L. SEDIN meint, es widerspreche dem Geist der Koexistenz, wenn man die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern als den "verlängerten Arm Moskaus", als "Instrumente der Moskauer Außenpolitik" betrachte. Anstelle eines Beweises (den weder Herr SEDIN noch irgendwer erbringen könnte, selbst wenn er es wollte) heisst es in der "Neuen Zeit":

"In keinem Land würden sich die Arbeiter von irgendwelchen ausländischen Agenten kommandieren lassen."

Das ist zweifellos richtig, wenn man die Arbeiterschaft als Gesamtheit betrachtet, trifft aber in keinem Fall auf die kommunistische Minderheit zu, die erfahrungsgemäss jede Wendung der sowjetischen Außenpolitik blindlings mitmacht und unterstützt. Um aber auf das Anliegen des Herrn SEDIN zurückzukommen, im Geist der Moskauer Definition von der Koexistenz liegt es, daß man diese kommunistische Minderheit ohne Rücksicht auf mögliche Folgen gewähren lassen müsse.

Nirgendwo ist in der Vergangenheit deutlicher gesagt worden, und dafür sollten wir der offiziellen "Neuen Zeit" dankbar sein, mit welcher Zweigleisigkeit der Moskauer Koexistenz-Express gen Westen braust: Die Sowjets wollen weitermachen wie bisher, während der Westen besonders in der Frage der Abwehr kommunistischer Infiltration die Hände in den Schoss zu legen und abzuwarten hat, bis ihm die Schlinge um den Hals gelegt ist. Um auf den Ausgangspunkt zurück zu kommen, hier macht sich tatsächlich ein erschreckender Mangel an Fairness bemerkbar, auf dem sich auf die Dauer keine Koexistenz aufbauen läßt, denn den "kalten Krieg" kann man nicht nur auf einer Seite zu Grabe tragen. Wenn die Sowjets, wie es oft den Anschein hat, aus dem Dilemma des "kalten Krieges" herauskommen wollen, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als diese einseitige und unhaltbare Definition des Begriffes Koexistenz zu revidieren.

+ + + + +

21. 10. 1955

Auch in der Tatra gibt es einen Eisernen Vorhang

Der sowjetische Aussenminister MOLOTOV flüsterte es kürzlich einem westlichen Diplomaten ins Ohr: Man sei eben dabei, den "Eisernen Vorhang" durch einen Vorhang aus Aluminium zu ersetzen. Und in der Tat gibt es Anzeichen, die auf eine Öffnung der sowjetischen Grenzen für einen bedingten Reiseverkehr mit westlichen Ländern hindeuten. Was aber gegenüber dem kapitalistischen Ausland geplant und erörtert wird, hat noch lange keine Geltung für den Verkehr der Völker des Ostblocks untereinander.

Bereits heute ergibt sich die paradoxe Situation, dass man aus London, Paris, Rom, Bonn, ja sogar aus Washington eher hinter den Eisernen Vorhang kommt, als etwa von Warschau oder Prag nach Moskau oder gar von Warschau nach Prag. Die Grenzen, die zwischen den osteuropäischen Völkern errichtet wurden, wirken nicht weniger hermetisch als der Eisernen Vorhang in der Periode des kalten Krieges. Dasselbe trifft auch auf die Sowjetzone zu. Als sowjetisches Besatzungsgebiet unterlag die Visaerteilung auch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Zone und den übrigen Ostblockstaaten einer sowjetischen Kontrolle. Visaanträge wurden zwar entgegengenommen und bearbeitet, 50 DM-Ost kostete der Spass. Nach zehn Monaten aber konnte man mit dem abschlägigen Bescheid rechnen, ganz gleich, ob es sich dabei um einen privaten Besuch oder einen Kuraufenthalt in einem der Südetenbäder handelte.

Nicht viel anders aber steht es um den Reiseverkehr zwischen den nicht-besetzten Volksdemokratien. Die Tatra z. B. war selbst in den Perioden der tschechisch-polnischen Spannungen vor 1939 niemals so stark abgeriegelt wie unter dem kommunistischen Regime, das beide Völker in "Friedenslager" und in einer neuen Art von neuer Freundschaft zusammengeführt haben will. Auch selbst der Schmuggel hat sich mangels Masse auf ein Minimum reduziert. So etwas wie ein kleiner Grenzverkehr zwischen den Bewohnern der Dörfer hüben und drüben des Tatrakammes ist unbekannt. Die alten Grenzübergangsstellen sind zum großen Teil geschlossen. Noch im Kriege konnte man sich ohne jedes Visum für 14 Tage im Grenzgebiet aufhalten. Damit ist es in der neuen Friedensordnung vorbei.

Nur eine Art von Reise kennt man heute im kommunistischen Machtbereich: Den Austausch von Delegationen, die man unter beständiger Kontrolle halten und von der Bevölkerung isolieren kann. Solange man nicht mehr

SED-Pressedienst
GD/X/21

21. 10. 1955

als Delegation in das Land einreisen lässt, solange will man den Kontakt und die echte Freundschaft zwischen den Völkern verhindern. Die Zahl der Delegationen von Wissenschaftlern, Künstlern aber auch Arbeitern und Gewerkschaftlern sagt nichts über die Möglichkeit eines friedlichen Kennenlernens und der Annäherung. Es gibt allerdings auch ein wirtschaftliches Motiv für die Beschränkung des Reisens, den chronischen Mangel von Hotels und Unterkünften. Gerade unter diesen Bedingungen aber ist die Gefahr des Kontaktes und der Berührung zwischen den Fremden und der Bevölkerung zu gross.

Von CHRUSCHTSCHOW wird berichtet, daß er während seiner Jugoslawienreise mit wachsendem Erstaunen auf die vielen ausländischen Touristen hingewiesen und die besorgte Frage gestellt hat, wie man es denn auf jugoslawischer Seite schaffe, diese Touristen von der einheimischen Bevölkerung zu isolieren. Es sei doch gefährlich, wenn diese Touristen die Möglichkeit bekommen, "feindliche Auffassungen" unter der einheimischen Bevölkerung zu verbreiten und dergleichen mehr. CHRUSCHTSCHOW konnte es nicht verstehen, daß man in Jugoslawien ungehindert reisen und mit der Bevölkerung frei sprechen kann.

Was hinter dem Versuch der Abriegelung auch der Ostvölker untereinander steckt ist klar: Angesichts der schwachen Position, die das kommunistische Regime in allen diesen Völkern hat, wird aus dem Bewusstsein der gemeinsamen Unterdrückung eine Stärkung der Widerstandskräfte in diesen Völkern befürchtet.

Die Stacheldrahtverhaue, die schwerbewaffneten Grenzpolizisten, die Minenfelder und die teilweise evakuierten Grenzzonen machen die immer wieder geforderten "Freundschaftskampagnen" zu einer Karrikatur ihrer selbst.

+ + +

Das Spiel mit dem Feuer

OD. Ernst WOLLWEBER, Pankows berüchtigster SSD-Chef, hat vom ZK der SED die bündige Anweisung erhalten, koste es, was immer es wolle, die Aufklärung der Zonenbevölkerung durch freiheitliche Organisationen, besonders aber das Ostbüro der SPD, zu unterbinden. Das Sekretariat für Staatssicherheit (SfS) hat prompt reagiert und eine ungeheuerliche Provokation vorbereitet, die ohne Rücksicht auf zu erwartende Verluste an Menschen und Material zur Diffamierung des Ostbüros der SPD beitragen und evtl. auf der Genfer Konferenz als sogenanntes "Beweismaterial" vorgelegt werden soll.

Es geht um nichts anderes als die Ballons, die Tag für Tag und Nacht für Nacht Aufklärungsmaterial über Sektoren- und Zonengrenzen bringen. In der Normannenstraße (Berlin-Lichtenberg) haben sich Spezialisten darangesetzt, solche Ballons und anhängendes Informationsmaterial fast naturgetreu nachzubilden und zu fälschen. V-Leute WOLLWEBER-s im Westen kaufen zur gleichen Zeit billige Kienzle-Uhren, die anstelle des alten Uhrwerks Sprengsätze erhalten und als Zünder an den Ballons angebracht werden. Sprengstoff und Zündungsvorgang sind jedoch so geregelt, daß die Ballons erst bei Landung explodieren und in Brand geraten. Diese Ballon-Bomben sollen in nächster Zeit sowohl in der Bundesrepublik als auch in dicht besiedelten Gegenden der Zone niedergehen, um so den "Beweis" für "gemeingefährliche und verbrecherische Agentenarbeit" des Ostbüros der SPD zu erbringen.

Indes, Herr WOLLWEBER hat in mehrfacher Hinsicht Pech, ganz abgesehen davon, daß uns diese Pläne rechtzeitig bekannt wurden. Was die Landung solcher Ballons in der Bundesrepublik betrifft, so ist vorläufig - wenigstens bis zur Ostwindperiode im tiefsten Winter - selbst der Wind gegen ihn. Die Bevölkerung der Zone aber wird rechtzeitig gewarnt werden, obwohl sie - wie ein bereits vor einiger Zeit durchgeführtes Probeattentat erwies - auch ohne diese Warnung solche Machenschaften sehr schnell durchschaut.

Im Übrigen sieht das Ostbüro der anrollenden Provokationswelle des SfS mit aller Ruhe entgegen, zumal es jederzeit den Reportern von Presse- und Bildagenturen praktisch vorführen kann, daß mit seinen Ballons weder Explosionen noch Brandstiftungen möglich sind. Die Aufklärung

SPD-Pressedienst

OD/X/21

21. 10. 1955

der Zonenbevölkerung jedenfalls wird auf dem bisherigen Weg fortgesetzt, bis das sozialdemokratische Wort in Leipzig, Magdeburg oder Rostock mit gleicher Freiheit vertreten werden kann, wie in München, Köln oder Hannover.

+ + +

Ein neues Ausbildungsjahr in der Gesellschaft
für Sport und Technik

Am 1. Oktober begann in der GST das Ausbildungsjahr 1955/56. Mehrere Funktionärskonferenzen, Sonderlehrgänge und Zeltlager für rund 30.000 GST-Mitglieder fanden statt, um es vorzubereiten, denn in ihm, schrieb die FDJ-Zeitung "Junge Welt" dieser Tage in einem Kommentar, käme die "erhöhte Bedeutung der GST in der gegenwärtigen politischen Situation" zum Ausdruck.

Es ist leicht zu erraten, in welcher Weise die GST-Funktionäre dieser "Bedeutung" ihrer Organisation Rechnung tragen wollen: Im Mittelpunkt des neuen Ausbildungsjahres wird der Schiess- und Geländesport stehen. Der "Jungen Welt" zufolge, haben das "auch die jungen See-, Flug-, Motor-, Reit-, und Funksportler in ihren Ausbildungsplan berücksichtigt". Die militärische Grundausbildung, der man im Juli 1953 feierlich abgeschworen hatte, gilt mithin wieder als Hauptaufgabe der GST. "Die Gesellschaft für Sport und Technik ist kein Sportverein," erklärte der GST-Vorsitzende, der KVP-General STAIMER, auf einer der eingangs erwähnten Funktionärskonferenzen im Hinblick auf das neue Lehrjahr, und weiter: "Nicht die sportliche und technische, sondern die militärische Ausbildung steht jetzt im Mittelpunkt unserer Arbeit".

Das militärische Ausbildungsprogramm der GST wird durch die Anweisung ergänzt, dass sich die politische Unterweisung der Mitglieder und Funktionäre künftig nicht mehr auf die sogenannte "Kurzgespräche" beschränken dürfe. Eine systematische Schulung, die dem "Schuljahr" der FDJ durchaus ähnlich und für alle Mitglieder nicht minder verbindlich ist als die militärische Grundausbildung, soll an ihre Stelle treten. Ihre Durchführung ist übrigens den FDJ-Aktiven übertragen worden, die nach einer Übereinkunft zwischen dem Zentralrat der FDJ und dem Vorstand der GST in allen Grundeinheiten, Hundertschaften und Leitungen der GST gebildet werden mussten.

SPD-Pressedienst

OD/X/21

21. 10. 1955

Das Ziel des neuen Ausbildungsjahres - wie es in einem Beschluss des GST-Vorstandes heisst - ist es, "allen Werktätigen und insbesondere der Jugend die Gelegenheit zu geben, sich technische Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, die sie in die Lage versetzen, aktiv den Schutz der DDR zu übernehmen".

Da heisst es immer, dass in der "Deutschen Demokratischen Republik" der Militarismus "ausgerottet" worden sei.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone

Sport im Dienst der Infiltration

OD. Im Zuge der Verstärkung der kommunistischen Infiltrationsarbeit gegen die Bundesrepublik soll auch der Sport verstärkt angespannt werden. So ist für August 1956 ein "2. gesamtdeutsches Sportfest" geplant, das in Leipzig nach dem Muster der Prager Spartakiaden abrollen soll. In den Großstädten der Bundesrepublik sollen Werbezentralen und vorbereitende Komitees gebildet werden, die eine möglichst große Zahl westdeutscher Teilnehmer zu gewinnen haben. Die Zonenregierung hat zu diesem Zweck 15 Millionen Ostmark bewilligt. Träger des Festes sollen das "Staatliche Komitee für Körperkultur", der kommunistische "Ausschuss für deutsche Einheit" und das Volksbildungsministerium der Zone sein.

* * *

"Patrioten" werden erfaßt

OD. Der "Ausschuss für deutsche Einheit" in Ostberlin, der direkt dem SED-ZK unterstellt ist, wurde angewiesen, alle in Westberlin und in Westdeutschland verhafteten kommunistischen Funktionäre listennässig zu erfassen, um im Zusammenhang mit der kommenden Genfer Konferenz den Beweis für die "undemokratischen und faschistischen" Zustände antreten zu können, die angeblich in der Bundesrepublik herrschen sollen. Es steht zu erwarten, daß die Sowjetzonenregierung gestützt auf dieses Material ein neues Weissbuch herausgeben wird.

* * *

Verantwortlich: Stefan THOMAS